

BUND

01 | Landesverband
21 | Nordrhein-Westfalen



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

MAGAZIN

WALD DER ZUKUNFT

Die Forstpolitik ist gescheitert

ZUR ZEIT

Ringeln um Braunkohle

Halbzeitbilanz Volksinitiative

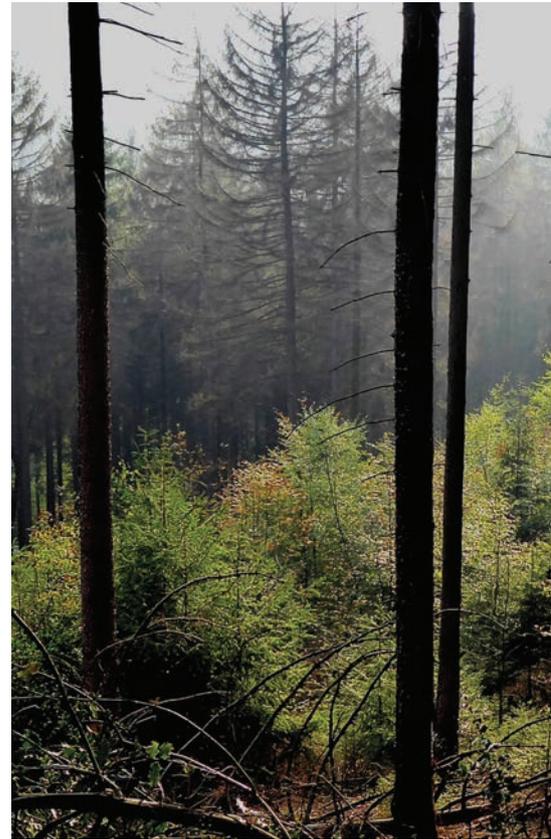
JAGD IM VISIER

Von Rehen und Wölfen

Wald, Forst, Borkenkäfer, Klimakrise

WALD DER ZUKUNFT

Die aktuelle Forstpolitik hat keine Antworten auf die Klimakrise. Sie ist Teil des Problems und nicht die Lösung. Doch wie genau können naturnahe und klimastabile Zukunftswälder aussehen?



ADALBERT NIEMEYER-LÜLLWITZ

ist Vorstandsmitglied des BUND NRW



HOLGER STICHT

ist Vorsitzender des BUND NRW

2020 war nun schon das dritte extrem warme und trockene Jahr in Folge. Böden trocknen aus, Regen dringt nicht mehr in tiefe Bodenschichten, Wasserspeicher werden nicht mehr aufgefüllt. Kranke und absterbende Bäume in Städten und Wäldern sind die Folge. Diese Bäume und der ausgetrocknete Waldboden fallen als Kohlenstoffspeicher aus. Klar, es sterben vorwiegend naturferne Nadelforste. Dennoch steht außer Frage, dass die wichtigen Waldfunktionen beeinträchtigt werden, wenn sich der Klimawandel fortsetzt. Was ist zu tun?

Für den BUND sind hier zwei zentrale Politikfelder bedeutsam. Erstens konsequenter Klimaschutz, zweitens eine ökologische Waldwende, die auf Entwicklung naturnaher und klimastabiler Zukunftswälder setzt.

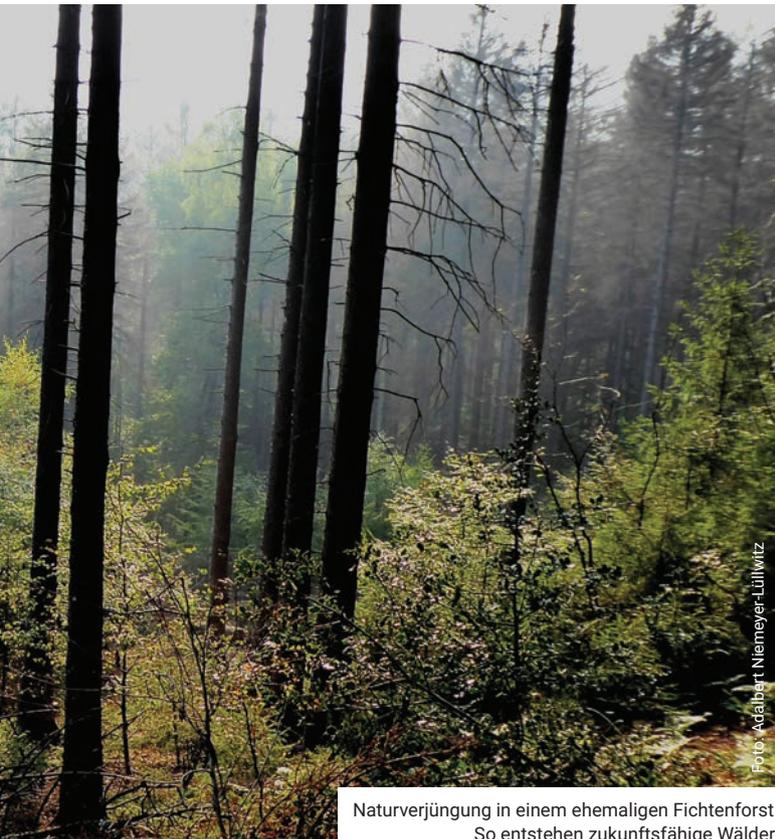
Klimaschutz muss endlich von der Politik so umgesetzt werden, dass die Klimaziele umgesetzt und die Erderwärmung gestoppt

werden. Das bedeutet konkret: Den Kohleausstieg konsequent umsetzen. Besonders durch Abschaltung der Kohlekraftwerke und verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien. Außerdem eine Verkehrswende auf den Weg bringen, die die Emissionen von Treibhausgasen effizient reduziert. Dafür den ÖPNV ausbauen und den Radverkehr fördern. Der weitere Autostraßenbau muss gestoppt werden. Die Landesregierung muss sich endlich von vielen immer noch geplanten Autobahnprojekten verabschieden.

WÄLDER STATT FORSTE

Die Funktion des Waldes als Kohlendioxid-Speicher erhalten wir am besten durch die Förderung von ökologisch stabilen Dauerwäldern. Die derzeitige Forstpraxis steht dem aber entgegen. Angepflanzte Baumplantagen standortfremder Arten und viel zu intensive, naturferne Bewirtschaftung führen nicht zu stabilen Wald-Ökosystemen. Dass die Forstwirtschaft zudem auf das Fichtensterben mit flächigen Kahlhieben und Räumungen reagiert, ist kontraproduktiv für eine naturnahe Waldentwicklung, die Biodiversität und den Klimaschutz.

In den letzten drei Jahren wurden nach Angaben von Wald und Holz in NRW über 30 Millionen Festmeter „Fichtenschadholz“ geräumt und überwiegend in Containern nach China transportiert. Der BUND hat deshalb jetzt eine 40-seitige Studie „Wald, Forst und Borkenkäfer“ vorgelegt, in der Literatur und Erfahrungsberichte zum Fichtensterben ausgewertet werden. Ergebnis: Die abgestorbenen Fichten sind nicht nur für Biodiversität im Wald



Naturverjüngung in einem ehemaligen Fichtenforst. So entstehen zukunftsfähige Wälder.

Foto: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz



Symbol für verfehlte Forstpolitik: Entemaschine ("Harvester") im Einsatz.

Foto: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die nächste Generation von Bäumen. Tote, umgestürzte Bäume bieten natürlichen Verbisschutz, dienen jungen Bäumen als Wasserspeicher, Schattenspender, Windschutz und „Nahrungsgrundlage“. Ökologisch stabile Zukunftswälder lassen sich dabei nicht aus dem Forstbaukasten bauen. Flächige Aufforstungsprogramme sind nicht zielführend. Das Leitbild für eine ökologische Waldentwicklung sind Waldökosysteme, die sich nur selbstständig entwickeln können. Wo die Baumartenvielfalt zu wünschen übrig lässt, kann ergänzend in Trupps gepflanzt werden. Das ist ein tragbarer Mittelweg zwischen Anforderungen der Nachhaltigkeit und der Angst von Waldbesitzern vorm Loslassen.

NACHHALTIGKEIT IM WALD

Leider bleibt die jetzige Landesregierung auf dem Holzweg, verschwendet Steuergelder in großem Stil und treibt Waldbesitzer in die nächste Krise. Deswegen gehen unsere BUND-Expert*innen vermehrt selbst in die Beratung und unterstützen Waldbesitzer*innen bei ihrer für uns alle wichtigen Zukunftsplanung. Dabei können Fördermittel hilfreich sein. Statt weiterhin die flächige Räumung von Fichtenflächen und gewagte Aufforstungsexperimente zu fördern, brauchen wir eine Förderkulisse, die an Gemeinwohleleistungen ausgerichtet ist: eine Bindung an FSC-Zertifizierung und eine Waldökosystemprämie, mit der wir als Gesellschaft die Entscheidung von Waldbesitzern für Wald statt Holzplantage honorieren. Für den Weg zu artenreichen und

klimastabilen Zukunftswäldern bedarf es in diesem Sinne dringend einer walddpolitischen Korrektur.

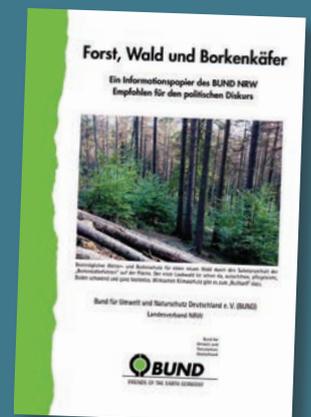
i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/waldwende

LESETIPP

FORST, WALD UND BORKENKÄFER - ZUM UMGANG MIT DEM FICHTENSTERBEN

Ein Informationspapier für den politischen Diskurs.

Download unter
www.bund-nrw.de/themen/waelder-und-wildnis



DAS REH ALS SÜNDENBOCK?

JAGD IM VISIER

Gerne wird der vermeintliche "Wald-Wild-Konflikt" zur Rechtfertigung der Jagd bemüht. Doch was ist an diesem Argument dran?



HOLGER STICHT

ist Vorsitzender des BUND NRW

Heimischen Huftieren wird unterstellt, sie würden Wald verhindern und müssten daher viel stärker geschossen werden. Dabei werden naturwissenschaftliche Fakten ignoriert und Ursache mit Wirkung vertauscht.

Die nacheiszeitliche Wiederbesiedlung Mitteleuropas erfolgte durch das Reh etwa 6.000 Jahre früher als durch die Rotbuche. Alle heimischen Waldökosysteme haben sich erst in Koevolution unter anderem mit der Huftierfauna entwickelt. Und diese war bis zu ihrer weitgehenden Ausrottung im Mittelalter noch diverser: neben Reh, Rothirsch und Wildschwein gehörten in NRW Pferd, Wisent, Ur und Elch dazu. Diese können also nicht Ursache für Konflikte im Wald sein, sondern allein der Mensch.

Allen voran die Forstwirtschaft: in Aufforstungen, mit welchen Förster seit 200 Jahren Waldökosysteme verhindern, fehlen vor allem wegen der unnatürlich monotonen Altersstruktur Requisiten, die Naturverjüngung in naturnahen Wäldern Vorteile verschafft: umgestürzte Bäume, Lichtungen, auf denen sich mit Dornen oder Gift bewährte Sträucher entwickeln können, die „Jugendschutz“ für Bäume bieten.

TEUFELSKREIS DURCH DIE JAGD

In den Teufelskreis treibt uns die Jagd. Maßnahmen der Hege fallen am meisten auf. Vor allem bedingt der durch Jagd erzeugte Stress einen erhöhten Stoffwechsel, der durch eine erhöhte Nahrungsaufnahme ausgeglichen werden muss: je mehr Jagd und je länger die Jagdzeiten, desto mehr Verbiss. Und in NRW ist das ganze Jahr über Jagdzeit. Die künstlich erzeugte hohe Fluchtdistanz bewirkt eine Konzentration der Tiere auf Standorten, die kaum durch Menschen frequentiert werden. Wo Hirsche



Der Rehbock als Sündenbock? In NRW wurden im letzten Jagdjahr rund 70.000 Rehe geschossen.

am liebsten auf der Wiese grasen würden, werden sie zum Knabern in den dunklen Forst gedrängt. Zudem ist beim Wildschwein wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Fruchtbarkeit durch Jagd erhöht wird. Ähnliche Effekte sind auch bei anderen Paarhufern zu vermuten. Seit Jahren ansteigende Jagdstrecken bei gleichzeitig zunehmenden Konflikten zwischen Forstwirtschaft und Jagd – fälschlicherweise „Wald-Wild-Konflikt“ genannt – sind ein Indiz dafür. Und genau diese Jäger sollen jetzt noch mehr schießen – deutsches „Absurdistan“!

DER WOLF IST ZURÜCK

Der Wolf ist glücklicherweise zurück. Er kann Hirsche auch an abgelegenen Stellen in Bewegung bringen, sodass sich deren Einfluss weiter verteilt. Bestandsgrößen reguliert er nicht, es funktioniert umgekehrt. Das ist einer der Gründe für die Rückkehr des Wolfs: ausreichend Hirsche.

Auch Huftiere werden durch Nahrungsverfügbarkeit reguliert. Diesen begrenzenden Ökofaktor federn wir ab: zum Beispiel durch die Auswüchse der industriellen Landwirtschaft oder die Stickstoffeinträge aus Verbrennungsmotoren und Kohlekraftwerken. Die Waldwende mit möglichst wenig Jagd und Wald statt Forst ist somit Teil des notwendigen gesamtgesellschaftlichen Wandels hin zur Nachhaltigkeit. Dies geht nur mit Ursachenbekämpfung und Suffizienz.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/jagd

HATZ AUF GLORIA

Der BUND fordert einen konsequenten Schutz der Wölfin Gloria im Kreis Wesel. Wer ihren Abschuss fordert, ignoriert die Rechts- und Faktenlage.

Mittlerweile ist ein ganzes Wolfsrudel im Kreis Wesel heimisch geworden, Nachwuchs hat sich eingestellt. Nach 200 Jahren ist der Wolf damit hierzulande wieder heimisch. Doch anstatt sich zu freuen, rufen Landwirtschaftsvertreter und Politiker*innen - auch Grüne - nach der Flinte und wollen die Wölfin Gloria erlegen. Dabei gibt es bislang keine Nachweise dafür, dass ein Wolf wiederholt die erforderlichen Herdenschutzmaßnahmen überwunden hat. Außerdem fehlt die gesetzlich erforderliche Alternativenprüfung, zu welcher beispielsweise der Einsatz von Herdenschutzhunden zählt. Daher gilt keine Ausnahmesituation vom strengen Schutz gemäß Bundesnaturschutzgesetz.

Ursache der Konflikte in der Region ist aus BUND-Sicht die mangelnde Bereitschaft, die kostenfreien Herdenschutzmaßnahmen des Landes in Anspruch zu nehmen. Eine Aufstellung des Landesumweltamts zeigt, dass in neun von zehn Fällen im August 2020, bei welchen die Wölfin Gloria als Verursacherin identifiziert



Schafzüchter und Landwirte fordern den Abschuss der Wölfin Gloria.

wurde, keine ausreichenden Herdenschutzmaßnahmen vorlagen. Herdenschutzhunde wurden in keinem der Fälle eingesetzt. Solange zu wenige und nicht umfassende Herdenschutzmaßnahmen umgesetzt werden, werden sich die Übergriffe auf Weidetiere deshalb wiederholen, egal von welchem Wolf. Daher ist ein Abschuss von Gloria sinnfrei.

Mit 1,20 m hohen Elektrozäunen und Herdenschutzhunden können aus BUND-Sicht Übergriffe dauerhaft vermieden und Konflikte zwischen Weidetierhaltern und Wolf gelöst werden.

BOTSCHAFTER*INNEN FÜR DIE WILDKATZE



Wildkatzenbotschafterin Annette Becker.

Geschätzte 1.000 bis 3.000 Wildkatzen leben wieder in Nordrhein-Westfalen. Die BUND-Wildkatzenbotschafter*innen setzen sich für sie ein.

Sie ist keine verwilderte Hauskatze! Sie ist eine unserer zwei heimischen wilden Katzenarten, die neben dem Luchs durch die Wälder unserer Mittelgebirge schleicht. Gerade jetzt im Winter ist die Wildkatze besonders aktiv, da nun ihre Paarungszeit beginnt. Dabei durchstreifen die Männchen auch gerne mal die Gebiete von drei bis vier Weibchen, um sich die besten Chancen zu ergattern. Wildkatzen sind auf vernetzte, naturnahe Laub- und Mischwälder angewiesen und verlassen die schützende Deckung nur auf kurze Distanzen. Deshalb knüpft der BUND seit über 15 Jahren an

einem „Rettungsnetz für die Wildkatze“. Unser Ziel: Die Wildkatze soll sich neue Lebensräume erobern und sich wieder ausbreiten können. Sie steht dabei stellvertretend für viele andere Waldbewohner. Denn wo sich die anspruchsvolle Wildkatze wohlfühlt, finden auch zahlreiche andere gefährdete Arten eine Heimat.

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2014 die ersten Freiwilligen zu „Wildkatzenbotschafter*innen“ ausgebildet. Diese setzen sich seitdem für die Wildkatzen ein – sie klären die Menschen über das Vorkommen und die Bedürfnisse der Wildkatze auf, sie sind kompetente Ansprechpartner zum Thema Wildkatze für ihre Nachbarn sowie lokale Gemeindevertreter, Förster und Jäger. So ist auch Annette Becker seit dem Jahr 2014 mit dabei. Aus dem Interesse an Natur und an Katzen kam sie damals in das Einstiegsseminar für Wildkatzenbotschafter*innen und engagierte sich fortan für die wilden Verwandten ihrer Hauskatzen. Sie wurde BUND-Mitglied und ist seither in der Kreisgruppe Rhein-Sieg-Kreis die Wildkatzenbeauftragte. In dieser Funktion hält sie Vorträge zur Wildkatze und informiert Interessierte auf öffentlichen Veranstaltungen. Auch wenn die Presse Fragen hat, steht sie immer bereit. Mit Annette Becker hat die Wildkatze eine große Fürsprecherin und Aufklärerin erhalten. Vielen Dank dafür und auf weitere schöne Jahre der Zusammenarbeit!



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wildkatze

AKTUELLES

BÜRGER*INNEN ALS STÖRFAKTOR

Mit einer Änderung des Landesplanungsgesetzes will die Landesregierung die Beteiligungsrechte für Bürger*innen und Verbände beschneiden. Dagegen protestiert der BUND.

Im Zentrum der Gesetzesnovelle steht die Halbierung von Beteiligungsfristen und der Wegfall von Erörterungsterminen zu Einsprüchen der Bevölkerung. Davon betroffen sind viele Verfahren, wie zum Beispiel solche zur Aufstellung von Regionalplänen. Die kritische Öffentlichkeit wird offenbar nur noch als Störfaktor betrachtet. Eine ausreichende Prüfung der Umweltbelange ist damit kaum noch gewährleistet. Das trägt nicht zur Akzeptanz bei - im Gegenteil. Auf einer Anhörung des Landtags kritisierte der BUND auch die darüber hin-

aus im Braunkohlenrevier vorgesehenen Sonderregelungen. Über so genannte Experimentierklauseln soll dort der Weg zur Aushebung geltender Umweltstandards geebnet werden. Wenn aber in komplexen Planverfahren wie bei der Aufstellung und Änderung von Braunkohlenplänen das Gehör von Umweltverbänden und Betroffenen beschränkt wird, sorgt das nach BUND-Auffassung nur unnötig für neue Konfrontationen. Mögliche Umweltkonflikte und Flächennutzungskonkurrenzen können einfach nicht durch die Kürzung oder den Wegfall von Verfahrensschritten gelöst werden, die eigentlich der Konfliktminimierung und -klärung dienen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/braunkohle

AUSGEBREMSTE WINDENERGIE

Die Landesregierung bremst den naturverträglichen Ausbau der Windenergie-nutzung weiter aus.

Zukünftig soll ein Mindestabstand von 1.000 m von der Windenergieanlage bis zur nächstgelegenen Bebauung mit mindestens zehn Wohngebäuden gelten. Diese müssen noch nicht einmal permanent bewohnt sein. Damit nutzt die Landesregierung eine Ermächtigungsgrundlage des Baugesetzbuches besonders restriktiv aus. Letztendlich wird damit der Zubau neuer Anlagen ebenso ausgebremst werden wie das Repowering von Altanlagen. Im Rahmen der Verbändeanhörung hat der



Foto: Dirk Jansen

BUND dazu seine Kritik formuliert. Die Regelung sei fachlich nicht begründbar und würde das Erreichen der Klimaschutzziele zusätzlich erschweren. Das Gesetz ignoriere damit auch den Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/windenergie

DAS HABEN WIR
ERREICHT



Foto: Dirk Jansen

66.000

UNTERSCHRIFTEN FÜR DIE ARTENVIELFALT

Schon mehr als 66.000 Menschen unterstützen unsere Volksinitiative Artenvielfalt NRW mit ihrer Unterschrift - eine tolle Halbzeitbilanz! Vielen Dank an alle Aktive!

Aus 394 von 396 NRW-Kommunen erhielten wir inzwischen Rückmeldungen - und das trotz erschwelter Corona-Bedingungen! Die formale Hürde der notwendigen Anzahl von Unterschriften haben wir damit erreicht - aber wir wollen mehr!

Endspurt eingeläutet

Deshalb starten wir jetzt noch einmal gemeinsam mit unseren unterstützenden Organisationen durch. Bis Juni wollen wir noch möglichst viele analoge Unterschriften sammeln, um unseren Forderungen an das Parlament Nachdruck zu verleihen.

Alle Infos und die Unterschriftenbögen zum Download:

www.artenvielfalt-nrw.de



15. Dezember 2020: Protestaktion gegen Leitentscheidung vor dem Landtag.

RINGEN UM LEITENTSCHEIDUNG

Fünfeinhalb Stunden dauerte die Landtags-Anhörung des Wirtschaftsausschusses zur neuen Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung. Auch der BUND war als Sachverständiger dabei.

Zur Vorbereitung der Abgeordneten hatte der BUND eine umfangreiche Stellungnahme eingereicht. Darin werfen wir der Landesregierung vor, die Klimaschutzpolitischen Erfordernisse und die Nöte der Tagebaubetroffenen zu ignorieren. Auch würde keine Vorsorge zur Bewältigung der Langzeitfolgen des Braunkohlenbergbaus getroffen.

Hauptstreitpunkt bleibt die geplante Förderung von mehr als 600 Millionen Tonnen Braunkohle im Tagebau Garzweiler. Dafür sollen neben Immerath und Lützerath noch fünf weitere Dörfer zerstört und deren Einwohner*innen zwangsumgesiedelt werden. Dabei ist das weder energiepolitisch notwendig noch ansatzweise mit den Klimaschutzzielen vereinbar.

Für Aufregung sorgte ein am Vortag der Anhörung veröffentlichtes Gutachten, das im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier erstellt worden war. Es bestätigt, dass es keine energiepolitische Notwendigkeit für das Abbaggern von Keyenberg, Kuckum und Co. gibt. Brisant dabei: Altmaier hatte das Gutachten über Monate unter Verschluss gehalten und es

den Parlamentarier*innen vorenthalten. Gleichwohl hatte der Bundestag mit dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz auch die energiepolitische Notwendigkeit von Garzweiler II per Abstimmung festgelegt. "Die Bundesregierung hat sowohl das Parlament als auch die Öffentlichkeit getäuscht", so BUND-Braunkohlenexperte Dirk Jansen. Dass Armin Laschet nun die Zerstörung weiterer Dörfer mit einem solchermaßen erschwerten Bundesgesetz rechtfertigt, ist für den BUND der "Gipfel des Zynismus".

Die Landesregierung trifft auch keine ansatzweise ausreichende Vorsorge zur Bewältigung der wasserwirtschaftlichen Langzeitfolgen. Mindestens 350 Jahre müssen so zum Beispiel künstliche Maßnahmen zur Reparatur des Wasserhaushalts durchgeführt und finanziert werden. Es ist ferner völlig unklar, ob und wenn ja in welchem Zeitraum eine Befüllung der Restseen per Pipeline funktioniert. Zu der Frage, ob Rhein und Rur zukünftig überhaupt die benötigte Wassermenge bereitstellen können, gibt es keine aktuellen Gutachten.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/leitentscheidung

ZULASSUNG FÜR INSEKTENGIFT

Per Notfallzulassung darf das verbotene Insektizid Thiamethoxam demnächst wieder auf NRW-Äckern eingesetzt werden. Dagegen protestiert der BUND.

Auf Antrag des Pflanzenschutzdienstes NRW erteilte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit die Genehmigung für den temporären Einsatz des seit 2018 EU-weit verbotenen Wirkstoffes Thiamethoxam zur Saatgutbehandlung und zur Aussaat von mit dem Wirkstoff behandelten Zuckerrüben. Damit sollen Blattläuse bekämpft werden. Die Zulassung gilt für Anbauflächen in Euskirchen, Jülich und Appeldorn bei Kalkar.

Thiamethoxam ist ein Neonikotinoid und greift bei Insekten in das zentrale Nervensystem ein. Er wirkt nicht selektiv gegen die Blattläuse, sondern tötet oder schädigt auch andere Insekten wie Honig- und Wildbienen. „Neonics schwächen das Immunsystem, stören ihre Orientierung und beeinträchtigen die Fortpflanzung. Damit werden auch Bestäubungsleistungen beeinträchtigt und Nahrungsketten für Feldvögel gestört“, so Ralf Bilke, Agrarreferent des BUND.

Landesumweltministerin Ursula Heinen-Esser rechtfertigte den Gifteinsatz. Es handele sich um eine "räumlich begrenzte Ausnahme angesichts drohender Ernteverluste bei Zuckerrüben".





Foto: Klaus-Peter Lange @ Warstein-Suttrop

Die Kattensteinhöhle im Sauerland steht seit 2004 unter Naturschutz.



Foto: Christian Kluck

BUND-Pädagogin Sigrun Zobel im Naturerlebnispfad Herten.

BUND NRW-STIFTUNG IM AUFWIND

Geignete Lebensräume und Verbundachsen für Tiere und Pflanzen zu erhalten oder wieder zu entwickeln, ist in unserer intensiv genutzten Landschaft sehr schwierig. Deshalb erwirbt die BUND NRW Naturschutzstiftung schützenswerte Flächen und sichert sie damit dauerhaft für den Naturschutz.

Traditionell und extensiv bewirtschaftete Kulturlandschaftsflächen sind Voraussetzungen für das Vorkommen vieler seltener Tier- und Pflanzenarten und deshalb besonders wertvoll. Viele Flächen im Eigentum der Stiftung müssen daher bewirtschaftet werden, zum Beispiel als Mähwiese oder Weide. Die fachgerechte Bewirtschaftung oder Pflege der Flächen der Stiftung sowie das Monitoring bei besonderen Zeigerpflanzen und -tieren erfolgt auf ehrenamtlicher Basis von den örtlichen BUND-Gruppen. Auf diese Weise werden die Vorzüge einer „auf ewig angelegten“ Stiftung mit dem Engagement und der Kompetenz eines lebendigen Umwelt- und Naturschutzverbandes vereint.

Die 2002 ins Leben gerufene BUND NRW Naturschutzstiftung hat in diesem Jahr eine Bilanzsumme von 1 Million Euro überschritten. Es befinden sich mehr als 85 Hektar wertvolle Flächen im Eigentum der Stiftung. Dazu zählen überwiegend

Wiesen, Weiden und Waldgebiete, aber auch besondere Biotop wie die Kattensteinhöhle im Sauerland, ehemalige Sand- und Kiesgruben im Rhein-Sieg-Kreis sowie stillgelegte Bahntrassen als Vernetzungselemente im Kreis Düren.

Sie können die BUND NRW Naturschutzstiftung finanziell mit einer Spende oder Zustiftung unterstützen oder auch Naturschutzflächen an die Stiftung verkaufen, verschenken oder vererben.



ANSPRECHPARTNER



Foto: Dirk Jansen

Gerne informiere ich Sie über alle Fragen ausführlich, persönlich und vertraulich. Sprechen Sie mich an: Jochen Behrmann, jochen.behrmann@bund.net, T. 0211/302005-14

www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

Fortbildung zur Kräuterpädagogin/Kräuterpädagoge 2021

Die Natur- und Heilkräuterschule SALIX des BUND in Herten startet am 20. März 2021 eine neue Jahresfortbildung zum/r Kräuterpädagogen/in mit Zertifikat. Die Fortbildung findet an fünf Wochenenden statt und beinhaltet praxisnahes, ganzheitliches Grundwissen rund um die Welt der heimischen Wild- und Heilkräuter vor unserer Haustür. Die Coronaschutz-Bestimmungen werden eingehalten.

Gestartet wird mit dem Thema „Entgiften aus der Wiese“ wobei es um die jungen Frühlingskräuter gehen wird, die gesammelt und sicher bestimmt werden, bevor sie in der Küche und Hausapotheke zum Einsatz kommen. Jede Veranstaltung kann auch einzeln gebucht werden. BUND-Mitglieder erhalten eine Ermäßigung der Kursgebühren. Bildungsschecks NRW oder Bildungsprämien BMBF werden akzeptiert und angerechnet.



KONTAKT

Anmeldung und weitere Infos bei Sigrun Zobel, bund-naturerlebnispfad@t-online.de

www.naturRaum-herten.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsführer, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 23.570; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2021 © BUND NRW e.V., Februar 2021